

Stellungnahme zu den von Michel Volkmann auf der Tagung in Bad Boll vorgetragenen Kritikpunkten

Leider war es auf der Tagung selbst aus Zeitgründen nur möglich, auf wenige der erhobenen Vorwürfe einzugehen. Hier nun eine Stellungnahme zu allen Punkten. Vorab möchte ich anmerken, dass dies das erste Mal ist, dass ein „Kritiker“ in weitgehend unpolemischer, sachlicher Form seine Kritik an der Nakba-Ausstellung uns direkt gegenüber äußert. Das geschah auch vor acht Jahren in Tübingen nicht. Deshalb möchte ich Michael Volkmann grundsätzlich meine Anerkennung dafür aussprechen, das auf der Tagung getan zu haben. Leider wird Michael Volkmann auch nach der Tagung nicht müde, die Nakba-Ausstellung gegenüber Veranstaltern in Misskredit zu bringen und ihre Absetzung zu fordern, obwohl ihm meine Argumente zu seinen Vorhaltungen bisher nicht bekannt sind. Das zeugt nun doch nicht von echter Dialogbereitschaft.

Zu Punkt a) Die Ausstellung zeigt eine selektive deutsche Perspektive und polarisiert

Der Hinweis darauf, dass die Arbeiten der neuen israelischen Historiker in Deutschland publiziert worden sind, ist zwar natürlich richtig, sonst hätte ich die Ausstellung auch schwerlich machen können, nur sind sie zweifellos in den Medien, in den verschiedenen Bildungsinstitutionen und in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Dies zeigt sich überaus deutlich darin, dass man regelmäßig allgemeines Kopfschütteln erntet, wenn man mit dem Thema kaum befasste, aber doch gebildete Menschen fragt, was die „Nakba“ ist. Angesichts der Tatsache aber, dass die Nakba die politische Identität der Palästinenser als Ganzes ausmacht, bedeutet dies, dass ein Kernaspekt des Konflikts in der öffentlichen Diskussion fehlt. Das ist gemeint, wenn wir davon sprechen, dass in Deutschland „ganz überwiegend das israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts verinnerlicht ist“. Wir fühlen uns im Übrigen in keiner Opferrolle, wie unterstellt wird, sondern wir mahnen schlicht an, auch die palästinensische Sichtweise auf den Konflikt in den Blick zu nehmen.

Zu Punkt b) Die Verantwortung für die Nakba liegt tatsächlich zum geringeren Teil bei den Israelis

Hier das Zitat aus dem Buch von Tom Segev („Es war einmal ein Palästina“, 2005, S. 558): „Die Tragödie der palästinensischen Flüchtlinge war jedoch ebenso unvermeidlich wie der Krieg. Sie folgte zwangsläufig aus dem zionistischen Prinzip der Trennung und der Vision eines `Bevölkerungstransfers`. Annähernd 750.000 Menschen verließen ihre Heimat. Einige planten ihre Abreise, andere flohen, und ungefähr die Hälfte wurde vertrieben.“ Im Übrigen wird in der Ausstellung auch nirgends behauptet, dass die Flucht aller Palästinenser auf direkte Vertreibungsmaßnahmen der zionistischen bzw. israelischen Seite zurückzuführen sei (s. auch Titel der Ausstellung: „Flucht und Vertreibung der...“). Daraus zu schließen, die Flucht der anderen Hälfte hätten in Gänze die arabischen Staaten oder die Palästinenser selbst zu verantworten, ist doch etwas kühn. Wie schon aus den Zahlen der israelischen Armee selbst für die Zeit bis zum 1.6.1948, also kurz nach Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges hervorgeht, gingen allein in diesem Zeitraum bei 370.000 Betroffenen 75% der Fluchtgründe auf zionistisch-israelische Ursachen zurück (55% auf jüdische Angriffe auf arabische Siedlungszentren, 15% auf terroristische Akte von Etzel und LEHI, 2% auf psychologische Kriegsführung, 2% auf Vertreibung durch israelische Truppen, was sich auf die 14 Kriegstage bezieht, 10% auf ein allgemeines Angstgefühl, 5% auf Aufforderung arabischer Instanzen, siehe auch unter Punkt e) und 11% haben kein Motiv genannt). Im weiteren Verlauf des Krieges hat der Anteil der Angriffe und die Vertreibung durch die israelische Armee erheblich zugenommen, wenn man allein an die 50.000 Menschen denkt, die am 12. und 13. Juli 1948 aus Lydda und Ramle (beide Städte waren für den arabischen Staat vorgesehen) von der israelischen Armee vertrieben wurden.

Auch die Eigeninteressen und damit die Unaufrichtigkeit der arabischen Staaten werden benannt. So wird auf Tafel 6 der Ausstellung von den Geheimverhandlungen Jordaniens, das nur an der Westbank interessiert war, mit der Hagana zwecks Abgrenzung der Interessengebiete berichtet.

Zu Punkt c) Die eigene palästinensische Verantwortung: Fehlanzeige

Hier geht es im Wesentlichen um den Vorwurf, dass der palästinensische Führer, Hajj Amin al-Husseini, nicht in der Ausstellung genannt wird. Hier die Begründung: Hajj Amin al-Husseini wurde 1921 von der britischen Mandatsmacht zum Mufti von Jerusalem ernannt, der höchsten religiös-rechtlichen Autorität der arabischen Bevölkerung Palästinas. In den 30-er Jahren war er der bekannteste Führer der palästinensischen Nationalbewegung. Die zweifelhafte Politik der Zusammenarbeit mit den deutschen Nationalsozialisten in den 40-er Jahren ist in der Tat zu verurteilen. Der Einfluss des Mufti und sein Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung nach Verabschiedung der UN-Teilungsresolution im November 1947 kann aber nur als marginal bezeichnet werden und war für den Verlauf der Nakba ohne Bedeutung war. Der geringe Rückhalt, den Hajj Amin al-Husseini in der palästinensischen Bevölkerung hatte, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass sich nur 2-3000 Mann bei insgesamt 1,3 Millionen Palästinensern (etwa 0,2% der Bevölkerung) seinem Kommando unterstellten. Vergeblich sucht man auch nach Institutionen, Plätzen oder militärischen Verbänden, die nach ihm benannt worden sind. Al-Husseini ist also auch unter den Palästinensern durchaus umstritten. Auch die Führer der arabischen Staaten weigerten sich, mit ihm zusammenzuarbeiten. Es ist auch zweifelhaft, ob durch den Mufti und seine Kampfansage an die Teilung Palästinas die gewaltsame Umsetzung der zionistischen Ziele befördert worden ist. Denn die zionistische Führung rechnete in jedem Fall mit dem Widerstand von Teilen der einheimischen Bevölkerung. Zudem stellte Ben Gurion schon Mitte März 1948 (also kurz bevor Plan Dalet zum Einsatz kam) fest, „die überwältigende Mehrheit von ihnen (den Palästinensern) will nicht gegen uns kämpfen.“ (Ilan Pappé „Die ethnische Säuberung Palästinas“, S.94, lt. Political and Diplomatic Documents, Document 274, S. 460). Prof. Dr. Helga Baumgarten sieht sich hier falsch interpretiert. Sie bezieht sich bei ihrer Aussage nicht auf den „Vertreibungsakt“ Nakba, sondern auf die „politische“ Nakba, nämlich das Scheitern der palästinensischen Politiker, anders als in den arabischen Staaten, erfolgreich einen eigenen Staat zu erreichen. Daran ist der Mufti mit seiner Politik in den 30er-Jahren (!) komplett gescheitert, was bis heute nachhaltigen Einfluss hat. Sie spricht hier also vom „politischen“ Kern der Nakba. Sie hat mir noch einmal schriftlich bestätigt, dass „Hajj Amin, der ja schon längst „im Exil“ war (seit der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre), im Kontext der Vertreibung absolut keine Rolle gespielt hat“.

Die Person des Mufti muss bis heute dazu herhalten, um jeden Widerstand der Palästinenser gegen den Verlust großer Teile ihrer Heimat in der Vergangenheit und auch jetzt noch als seinem Wesen nach antisemitisch zu verunglimpfen. Damit soll jeglichen berechtigten politischen Ansprüchen der palästinensischen Seite die Legitimation abgesprochen werden. Der vollkommen übersteigerte und undifferenzierte Antisemitismusvorwurf an die palästinensische Seite erscheint auch als ein bedenkliches Mittel, um die Verbrechen Nazi-Deutschlands an den Juden Europas zu relativieren. Selbst Friedrich Schreiber und Michael Wolffsohn schreiben in ihrem Buch „Nahost – Geschichte und Struktur des Konflikts“, aus dem ich des Öfteren zitiere, auf S. 116 „Man sollte die Zusammenarbeit der Palästinenser und Hitler-Deutschlands heute nicht überbewerten. Machtpolitische Erwägungen machten sie für die Araber wirklich sinnvoll“.

Zu Punkt d) Die wochenlange Einkesselung der 100.000 jüdischen Einwohner Jerusalems: Fehlanzeige

Schon im Januar 1948, bereits bevor es den arabischen Milizen Ende März 2018 gelang, die Straße von Tel Aviv nach Jerusalem zu sperren, hatte die erfolgreiche Taktik der Zionisten unter Ben Gurion, durch das Kappen der Verbindungswege zwischen den arabischen Städten und dem dörflichen Umland (s. Zitat auf Tafel 4, im Katalog Seite 10) die arabischen Städte auszuhungern, dazu geführt, dass die Palästinenser in Haifa, Jaffa und Jerusalem mit „Hunger, Arbeitslosigkeit, Angst, Terror“ konfrontiert waren (Mitteilung des zionistischen Politikers Eljahu Sasson an König Abdallah, zitiert nach Simcha Flapan „Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit“, S. 135). Dass unter Historikern die einhellige Meinung besteht, die palästinensischen Araber hätten den Bürgerkrieg begonnen, müsste Michael Volkmann durch Quellen belegen. Davon kann meines Wissens keine Rede sein.

Zu Punkt e) Selektiver Umgang mit Zitaten

Ja, ich beziehe mich auf Schreiber/Wolffsohn. In der Ausstellung wird auf Tafel 5 gesagt, dass von israelischer Seite häufig behauptet wird, die palästinensische Bevölkerung sei „...aufgrund von Aufrufen seitens der arabischen Führer“ geflohen. Das werde ich bei der nächsten Gelegenheit dahingehend korrigieren, dass ich schreibe: „...aufgrund von Aufrufen seitens der Führer der arabischen Staaten“. Das ist in der Tat korrekter, denn genau darum geht es in dem immer wieder verbreiteten Mythos. Genauso schreiben das auch Schreiber/Wolffsohn. Denn von Seiten der Führer der arabischen Staaten gab es tatsächlich keine Aufrufe zur Flucht, sondern im Gegenteil Aufrufe zum Bleiben. Von Seiten lokaler Führer gab es natürlich Aufrufe an die lokale Bevölkerung, sich angesichts drohender Gefahren, vorübergehend in umliegenden Gebieten in Sicherheit zu bringen. Hinzuzufügen ist, dass es gerade auch von Seiten der Zionisten aus kriegspsychologischen Gründen Aufrufe zur Flucht gegeben hat. (Simcha Flapan „Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit“, S. 136 f.).

Zu Punkt f) Sachliche Fehler, die seit Jahren nicht korrigiert werden

Die Aussage, arabische Truppen hätten zu keiner Zeit die Grenze zu dem für den jüdischen Staat vorgesehenen Teil Palästinas überschritten, bezieht sich, wie man leicht nachlesen kann, nur auf die Zeit bis zum ersten Waffenstillstand am 11.6.1948. Die Quelle (Salman Abu Sitta, „Atlas of Palestine 1948“, S. 89) ist angegeben. Zu dem Angriff der irakischen Armee auf den Kibbutz Gescher zitiere ich Charles Tripp „Iraq and the 1948 War“, 2012, S. 137: „Die irakische militärische Intervention fand in zwei Phasen statt. In der kurzen Anfangsphase, am 15.5., versuchte die Hälfte des ziemlich bescheidenen Truppenkontingents den Kibbutz Gescher zu erobern und einen Übergang über den Jordan gegenüber der Stadt Beisan zu sichern... der Angriff wurde zurückgeschlagen.“ Dies hört sich nicht nach einem erfolgreichen Einmarsch in jüdisches Territorium an. Die Überprüfung auf die Schnelle von möglichen vereinzeltten Angriffen auf Siedlungen auf für den jüdischen Staat vorgesehenes Territorium überschreitet im Moment meine Kapazitäten. Solange es für mich nicht eindeutig geklärt ist, werde ich den Text deshalb folgendermaßen korrigieren: „Die arabischen Truppen konnten ... aber zu keiner Zeit die Grenze zu dem für den jüdischen Staat vorgesehenen Teil Palästinas erfolgreich überschreiten“. Zu den Eigeninteressen der arabischen Staaten siehe unter Punkt b).

Zu Punkt g) Die Juden sind angeblich auch Schuld an ihrem eigenen Schicksal

Zunächst zu den genannten Zahlen: Laut Wikipedia lebten 1948 zwischen 750.000 und 880.000 Juden in den arabischen Ländern, im Jahr 1972 waren es knapp 50.000. Wie groß der Anteil derjenigen war, die schon vor 1972 und dann danach vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, denn aus konkreter Verfolgung die arabischen Länder verließen, dazu kann ich auf die Schnelle keine Informationen finden. Es ist richtig, dass die Juden im Rahmen der sich ab-

zeichnenden Staatswerdung Israels z.T. vor, erst recht aber nach 1947, in den arabischen Ländern erheblich unter Druck gerieten und auch Pogromen zum Opfer fielen. Hier muss nach Ursache und Wirkung gefragt werden. Das eine, der Auszug der Juden aus den arabischen Ländern, war die Folge (!) des anderen, nämlich der sich abzeichnenden Staatswerdung Israels und der Flucht und Vertreibung der Palästinenser. Richtig ist, dass es nicht allein die „expansive Politik Israels“ war, die zur Auswanderung der arabischen Juden nach Israel führte. Die Politik der Teile und Herrsche der Kolonialmächte (z.B. die gezielte Bevorzugung der Christen und Juden in den arabischen Ländern) hat selbstverständlich auch dazu beigetragen, das vorher weitgehend friedliche Miteinander aller Religionsgruppen massiv zu beeinträchtigen. Ich werde deshalb bei Gelegenheit folgende Korrektur an der Ausstellung vornehmen: Anstelle von „Die expansive Politik Israels hatte gravierende Auswirkungen auf...“ werde ich schreiben: „Unter anderem die expansive Politik Israels hatte gravierende Auswirkungen auf...“.

Zu Punkt h) Der arabische Vernichtungswillen wird auf Israel projiziert

Hier sollte Michael Volkmann vollständig zitieren. Nachdem die Vertreibungsmaßnahmen durch die zionistischen Milizen in Haifa am 21.4.1948 beschrieben werden, endet der Absatz mit: „Der Angriff mit Granatenbeschuss auf die Stadt endete für die 50.000 verbliebenen wehrlosen Bewohner in Panik und Chaos. Die meisten entkamen in ungeordneter Flucht mit Schiffen und Booten im Hafen, sie wurden sozusagen ins Meer getrieben.“ Ich halte es allerdings für einen erheblichen Unterschied zwischen dem, was wer auch immer wem zugeordnet hat, und dem, was tatsächlich geschehen ist.

Zu Punkt i) Mein Fazit: Die Ausstellung sollte in dieser Form nicht mehr gezeigt werden

Ich kann nach wie vor keine sachlichen Fehler in der Ausstellung erkennen. Forderungen nach einer uneingeschränkten Rückkehr der Flüchtlinge werden im Übrigen nirgends erhoben. Es kann auch weder irgendetwas fordern, dass alle Flüchtlinge zurückkehren sollen, noch dass kein einziger zurückkehren darf. Das in der Resolution 194 verankerte Rückkehrrecht ist ein individuelles Recht jedes einzelnen Flüchtlings, über das nur er selbst entscheiden kann. Fakt ist jedenfalls, dass die israelische Politik sich grundsätzlich weigert, palästinensische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren zu lassen. Das betrifft selbst die ca. 200.000 arabische Israelis, also Staatsbürger Israels, denen es nicht gestattet wird, in ihre Heimatdörfer innerhalb Israels zurückzukehren. Das Völkerrecht mit seiner Rückkehrresolution 194 spricht hier eine deutliche Sprache. Beides, die Teilungsresolution 181 und die Rückkehrresolution 194 hat Israel mit seiner Aufnahme in die Vollversammlung der Vereinten Nationen anerkannt.